

## Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Von Dr. Gustav Stolper.

Wien 29. August.

Alle Wirtschaft beruht auf einem Zirkulationsprozeß von Gütern. Wird dieser an einer Stelle unterbrochen, so ergreift die Stockung die ganze Volkswirtschaft, werden immer mehr Glieder von Produktion und Konsum ausgeschaltet, tritt in immer weiterem Umfange Vermögensentwertung und Arbeitslosigkeit ein. Das ist mit kurzen Worten das wirtschaftliche Problem, das der Krieg zur Lösung stellt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste und dringlichste Aufgabe, welche die Zivilverwaltung heute zu erfüllen hat, weil der Staat in dem ihm aufgezwungenen Kampf der äußersten Anspannung aller, nicht nur der militärischen, sondern auch der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte bedarf, die durch den täglich wachsenden Umfang der Arbeitslosigkeit beeinträchtigt werden könnten. Man muß sich den Ernst dieser sozialen Erscheinung vor Augen halten, wenn man an ihre Bekämpfung schreitet, weil nur so die Erkenntnis allgemein werden kann, daß der Arbeitslosigkeit im Krieg mit kleinen Mitteln nicht beizukommen ist. Die Organisierung des Arbeitsnachweises, die übrigens trotz allseitiger guter Absicht bisher noch nicht ganz befriedigend gelungen ist, wird manches leisten; die Fortführung der Investitionstätigkeit und die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten durch den Staat und andere öffentliche Körperschaften wird zweifellos Tausenden von Arbeitern Beschäftigung geben und ihre möglichste Ausdehnung ist dringend zu wünschen. Aber die Zahl der Arbeitslosen wird dadurch nur verhältnismäßig wenig vermindert und der Zuzug, den sie von allen Seiten finden, nicht aufgehalten. Die Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft in halbwegs normalen Bahnen ist nicht ohne großzügige Hilfsorganisationen, aber auch nicht ohne Zwangsmaßnahmen zu erreichen, deren volle Rechtfertigung im Kriegszustande selbst liegt. Wo das soziale Pflichtbewußtsein des Unternehmers versagt und dadurch Tausende von abhängigen Existenzen der Not preisgegeben werden, dort wird man einen Eingriff des Staates nicht für ungerechtfertigt finden können.

In der Mehrzahl der Fälle ist jedoch die Entlassung von Arbeitern und Angestellten nicht der Ausfluß bösen Willens seitens der Unternehmer, sondern die Folge ihres wirtschaftlichen Unvermögens. Die Arbeitslosigkeit kann nicht schematisch bekämpft werden. Die Behinderung des Betriebes durch die Einberufung der leitenden Personen wird durch einiges Entgegenkommen zweifellos sehr häufig zu beseitigen sein. Die Gewerbebehörden zeigen, soweit uns bekannt ist, das aufrichtige Bestreben, derartige Gesuche unter Ausschluß jeden Mißbrauches zu fördern. Schwieriger ist die Ueberwindung des Rohstoff- und Materialmangels. Soweit er nur durch Stockungen im Eisenbahnverkehr bedingt ist, wird er in dem Maß, als die Ursache der Verkehrsbeschränkungen entfällt, bei einigem guten Willen der maßgebenden Behörden gleichfalls zu beheben sein. Aber auch Rohstoffe, die aus Uebersee eingeführt werden müssen, werden über neutrale Häfen bei entsprechender Organisation des Zahlungsverkehrs wenigstens in beschränktem Umfange hereingebracht werden können. Für die nächsten Wochen und Monate sind übrigens — von Ausnahmefällen abgesehen — hinreichende Vorräte im Lande. Inwieweit liegt hier eine Bedrohung vieler industrieller Betriebe vor, die unter Umständen durch keinerlei Maßnahmen abgewendet werden kann. Die wichtigste Wurzel der Arbeitslosigkeit, das Kreditproblem, ist aber unter allen Umständen lösbar und gerade darin ist bisher in Oesterreich-Ungarn am wenigsten vorzusehen worden.

Moratorium und Suspension des Bankstatuts sind Maßnahmen defensiver Natur gewesen, und sie haben hingereicht, um die Geld- und Kreditorganisation vor schweren Störungen zu schützen. Im übrigen geht die große Mehrzahl unserer Kreditinstitute über den Rahmen des Moratoriums gegen ihre Klientel hinaus. Diejenigen, welche über Guthaben bei Banken verfügen, können, zumal nach der Ausgestaltung, welche das Moratorium inzwischen erfahren hat, darauf rechnen, die für Löhne erforderlichen Beträge zu erhalten. Der weitaus überwiegenden Mehrzahl der kaufmännischen Unternehmer kommt indes die größere oder geringere Kulanz der Banken nicht zugute. Darunter fallen ebenso diejenigen, die außerhalb ihres Betriebes über Vermögenswerte verfügen, die sie, wie Realitäten, gewisse Effekten und anderes, heute nicht zu Geld machen können, wie solche Kaufleute, deren ganzes Vermögen im Betrieb investiert ist und die entweder stets mit Bankkredit gearbeitet haben oder wegen ihrer Kleinheit den Weg zur Bank nicht nötig hatten oder verschlossen fanden. Sie alle sind heute durch die momentane Abkühlung in die Unmöglichkeit versetzt, weiter zu arbeiten. Die Zahl der Arbeitslosen erhält ihren Zutuß nicht so sehr aus der Großindustrie, der Hilfsquellen aller Art zu Gebote stehen, sondern aus den Tausenden von kleinen und mittleren Handels- und Gewerbebetrieben, deren Vermögen in unverkäuflichen Vorräten und unklagbaren Außenständen besteht. Ihnen können auch die Darlehenskassen, deren Errichtung nun endlich auch in Oesterreich in naher Aussicht zu stehen scheint, nur wenig Hilfe bringen, selbst wenn sie mit aller gebotenen und wünschenswerten Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Verkehrs vorgehen werden.

In Deutschland sorgt bereits eine ganze Anzahl von lokalen Organisationen für die Kreditbedürfnisse derjenigen Betriebe, die von der Kreditgewährung der Banken und Darlehenskassen ausgeschlossen sind. In Oesterreich, wo nicht nur die Kapitalkraft, sondern auch die private Initiative weit schwächer entwickelt ist als im Deutschen Reich, wird die Regierung eine solche Hilfsbank schaffen müssen. Diese Hilfsbank wird entweder mit staatlichem Kapital oder mit Privatkapital unter